

„Kriminelles System“? Die heiklen Vorwürfe gegen das Geldparadies der Superreichen



Von **Cornelius Welp**
Sonderkorrespondent Unternehmen

Stand: 07:42 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Das Wahrzeichen Liechtensteins: Schloss Vaduz

Quelle: allOver/TPH/ blickwinkel/picture alliance

Liechtenstein gilt als ideale Schutzzone für große Geldsummen. Doch Einzelfälle wecken Zweifel daran: So soll vereinzelt der Zugriff auf gebunkertes Vermögen entzogen worden sein. Für das Versprechen des Finanzstandorts könnten solche Vorwürfe gefährlich werden.

Der Krieg des Thomas Kindler beginnt am 2. März 2021 mit einem Beschluss des Fürstlichen Landgerichts in Vaduz. Dieser bewirkt, dass Kindler seinen Posten als Stiftungsrat einer in Liechtenstein von einem deutschen Immobilienunternehmer gegründeten Stiftung verliert.

Begründet wird das mit einem ungewöhnlichen Argument: Er soll nicht etwa Pflichten verletzt oder gegen den Willen des Stifters verstoßen haben, allein der „Anschein einer Interessenkollision“ soll ausreichen, um ihn von seinem Posten abzurufen. Für Kindler ist das ein krasses Fehlurteil – und der Auftakt zu einem bizarren Rechtsstreit, der sich seitdem immer weiter ins Unübersichtliche verzweigt hat.

Dabei geht es nicht mehr nur um einen kaum noch zu entwirrenden Einzelfall. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit des zentralen Versprechens eines der kleinsten und trotz aller Bekenntnisse zu internationalen Standards umstrittensten Finanzplätze Europas. Wer sein Geld vor Familienstreitigkeiten oder staatlichem Zugriff sichern will, so lautet dieses, ist nirgendwo besser aufgehoben als in dem Zwergstaat, an dessen Spitze mit Fürst Adam II. einer der reichsten Monarchen der Welt steht.

Fälle wie der von Kindler zeigen jedoch, dass die Vorzüge, mit denen sich der Standort rühmt, diesen bei ohnehin schwelenden Konflikten angreifbar machen: Statt um Übersichtlichkeit geht es dann um Vorwürfe von Kumpanei, statt um Diskretion um den angeblich illegalen Entzug des Zugriffs auf hohe Vermögen.

Mit einer Fläche von 160 Quadratkilometern und rund 40.000 Einwohnern ist Liechtenstein das sechstkleinste Land der Welt. Ökonomisch ist der Alpenstaat jedoch ein echtes Kraftzentrum, bei einem Bruttoinlandsprodukt von zuletzt rund sieben Milliarden Schweizer Franken liegt die pro Kopf erwirtschaftete Summe rund viermal so hoch wie in Deutschland.

Der größte Teil der Wertschöpfung stammt aus der Industrie. Die beiden größten in Liechtenstein ansässigen Unternehmen sind der Werkzeugbauer Hilti und der Automobilzulieferer Thyssenkrupp Steering. Der Anteil der Finanzbranche ist mit rund elf Prozent nur wenig höher als in der Schweiz.

Als Schwarzgeldbunker will das Fürstentum schon seit 15 Jahren nicht mehr dienen. Auf internationalen Druck hin hat es sich damals unter anderem zum Austausch von Steuerdaten verpflichtet, der europäische Geldwäschausschuss Moneyval hat bereits mehrfach gute Fortschritte attestiert. Nachdem die Banken zunächst Klienten verloren hatten, verwalten sie heute mehr Kundengeld als zuvor.

Auch René Benko nutzte Spezial-Konstrukte

Einer schattigeren Seite der Liechtensteiner Finanzbranche ist die Kehrtwende weniger gut bekommen. Ende 2013 existierten nach Daten der Aufsichtsbehörde noch rund 24.000 Stiftungen, Ende 2023 waren es nur noch knapp 7700. Wegen des erschwerten Zugriffs auf die dort angelegten Vermögen bewerben auch deutsche Anwälte und Vermögensberater die Vehikel als ideale Schutzzonen für Reiche und Superreiche (</wirtschaft/plus254050860/Einige-Reiche-haben-sichere-Rueckzugsorte-und-Fluchtplaene.html>), die ihr Hab und Gut vor Familienstreit und staatlichem Zugriff sichern wollen.

Bekannte Nutzer der Konstrukte sind unter anderem der in die Pleite geschlitterte österreichische Immobilienunternehmer René Benko und der Capri-Sonne-Gründer Hans-Peter Wild. Auch Angehörige der Familie Birkenstock sollen einen Teil des Erlöses aus dem Verkauf des Schuhherstellers in einer Stiftung im Fürstentum deponiert haben.

Ins Zwielficht geraten sind die Stiftungen zuletzt vor allem wegen der Verbindungen zu reichen Russen. Da sie dabei geholfen haben sollen, eingefrorenes Vermögen zu verschleiern, setzte die zuständige US-Kontrollbehörde OFAC im Sommer unter anderem den früheren Vizepräsidenten der Liechtensteiner Treuhandkammer auf ihre Sanktionsliste.

Damit erhöhte sich dort die Zahl der sanktionierten Personen (</wirtschaft/plus251258544/Fatales-Ungleichgewicht-Deutschlands-zweifelhafte-Staerke-gegen-Finanzkriminalitaet.html>) und Institutionen auf 20 – im Verhältnis zur Größe des Landes ein hoher Wert und damit ein empfindlicher Kratzer im sauberen Image. Juristische Schritte der Betroffenen haben bisher ebenso wenig bewirkt wie die Versprechen einiger örtlicher Politiker, sich gegenüber den USA für mehr Verständnis einzusetzen. Der zuständige US-Botschafter in Bern betonte jüngst zwar die „starken Beziehungen“ zu Liechtenstein, machte aber auch klar, dass er von derartigen Manövern wenig halte.

Deutlich heftiger als die Sanktionsdebatte würde es das Geschäftsmodell der Stiftungen treffen, wenn sich belegen ließe, dass sich die obligatorisch eingesetzten Treuhänder tatsächlich in größerem Stil an ihnen bereicherten. Genau das soll in Kindlers Fall passiert sein.

Der deutsche Immobilienunternehmer Hermann Hartlaub, der mit dem Wiederaufbau Münchens nach dem Zweiten Weltkrieg reich geworden war, hatte an seinem späteren Wohnort Liechtenstein seit den 1960er-Jahren gleich mehrere Stiftungen aufgesetzt. Als Begünstigte hatte er Kindler und seinen Bruder eingesetzt, anders als vom Stifter gewollt, garantierte die Konstruktion nach seinem Ableben im Jahr 2004 aber keine Kontinuität.

Zuletzt lag das vor allem am Zwist zwischen den beiden heillos zerstrittenen Brüdern: Zunächst hatte Thomas Kindler seinen Bruder im Namen der Stiftung verklagt, Auskunft über von ihm aus dem Vermögen abgehobene 400.000 Schweizer Franken zu geben. Der juristische Konter des Bruders führte dazu, dass das Liechtensteiner Gericht Thomas Kindler aus dem Stiftungsrat abberief, was auch die nächste Instanz bestätigte.

Seitdem stehen zwei Liechtensteiner Rechtsanwälte an der Spitze der Stiftung, denen Kindler vorwirft, sich mit „aberwitzigen Honoraren“ am Stiftungsvermögen ([/finanzen/immobilien/plus252727872/Erbschaft-So-funktioniert-der-Erb-Trick-der-Reichen-auch-fuer-Sie.html](https://finanzen/immobilien/plus252727872/Erbschaft-So-funktioniert-der-Erb-Trick-der-Reichen-auch-fuer-Sie.html)) zu bereichern. Dass mehrere Schweizer Medien und das ARD-Wirtschaftsmagazin „Plusminus“ über den Fall berichteten, hat dessen Fortgang nicht beschleunigt.

„Kriminelles System“

Kindler sieht sich nicht mehr nur als Einzelfall, er hält die Liechtensteiner Vermögensindustrie für ein „kriminelles System“, dessen miteinander verbandelte Akteure die gutgläubigen Superreichen ausnehmen. Ähnliche Vorwürfe gibt es aus dem Umfeld von Monica Bacardi – der Zugriff der letzten Ehefrau des Schnapsbrenners auf dessen rund 750 Millionen Dollar schweres Vermögen wurde ebenfalls wegen Interessenkonflikten beschränkt.

Die Prozesse ziehen sich seit mittlerweile dreieinhalb Jahren hin. Den angeblichen Umtrieben im Fürstentum widmet sich sogar eine eigene Website. „Untreuhaender.li“, laut Website betrieben von einer „Gruppe von Stiftern und begünstigten Stiftungsräten“, berichtet unter Überschriften wie „Selbst in Japan versaut Liechtenstein seinen Ruf“ oder „Wie im Ländle gemolken wird“ fast täglich über neue Facetten vermeintlich übler Machenschaften um Umgang mit Stiftungsvermögen im Fürstentum.

Die Intervention eines bekannten Schweizer Medienanwalts konnte die Seite nur kurzzeitig stoppen. Nach kurzer Pause hat sie den Betrieb wieder aufgenommen – und führt im Impressum nun eine Adresse in Panama auf.

In den Details sind die Fälle von Kindler und Bacardi äußerst komplex, die Parteien beharken sich an verschiedenen Schauplätzen mit immer neuen Gutachten. Dass hier krasses Unrecht geschehen ist, lässt sich ebenso wenig eindeutig belegen wie flächendeckende Plünderungen im Fürstentum. Und doch verdeutlichen die Fälle ein Risiko des Transfers an den Alpenrand: Als Preis für den erschwerten Zugriff auf ihr Vermögen müssen Stifter auch einen Teil der Kontrolle abgeben.



MONEY MAIL

Aktien und Steuern, Renten und Gehälter, Wohnen
und Heizen – die besten Geld-Artikel. Immer
mittwochs. Unterstützt durch KI.

ABONNIEREN

[ZUR NEWSLETTERVERWALTUNG](#)

Kindler kämpft weiter, er hat Strafanzeige gegen die Treuhänder gestellt, sich bei der US-Botschaft in Bern wegen eines Anti-Korruptionsgesetzes über das Fürstentum beschwert und denkt über den Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nach.

Mehr als eine Million Euro hat er nach eigenen Angaben für Anwaltskosten aufgewendet. Und jüngst konnte er einen bescheidenen Erfolg erzielen: Berater seiner Bank hatten E-Mails an die von ihm bekämpften Treuhänder herausgegeben, obwohl Kindler das zuvor ausdrücklich untersagt hatte.

Deshalb verwarnte die zuständige Datenschutzstelle das Institut. Gleichzeitig muss er sich mit einer von den Treuhändern gegen ihn eingereichten Klage auseinandersetzen. Deren Umfang: rund 1700 Seiten.

Cornelius Welp (/autor/cornelius-welp/) *ist Wirtschaftskorrespondent in Frankfurt. Von dort aus berichtet er über Banken, (/themen/banken/) Versicherungen (/finanzen/versicherungen/) und Finanzinvestoren (/themen/finanzinvestoren/) und Unternehmen.*

THEMEN

LIECHTENSTEIN VERMÖGEN UND REICHTUM SCHWEIZ STEUER

© WeltN24 GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>